

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Landbote. 1849-1934 1927**

103 (21.6.1927)

**Erscheint täglich**  
mit Ausnahme der Feiertage.

**Bezugs-Preis:**  
Durch die Post bezogen und durch den Briefträger und unsere Auswärtigen frei ins Haus monatlich Goldmark 1.50  
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.

In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Geschäftszeit 1/28 bis 5 Uhr Sonntags geschlossen.

Fernsprech-Anschluss Nr. 11

Postfach-Konto  
Karlsruhe Nr. 6903

# Der Landbote

**Sinsheimer Zeitung**  **Zeitung** Begr. 1839  
**General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal**

**Helteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt**  
Wöchentliche Beilagen: Mode und Heim • Der Kolbold • Neue Illustrierte • Landwirtschaftliche Beilage

**Anzeigen-Preise:**  
Anzeigen: Die 33 mm breite Millimeter-Zeile 6 Goldpf.  
Reklamen: Die 92 mm breite Millimeter-Zeile 20 Goldpf.  
Grundschrift im Anzeigen- und Textteil ist Petit.

Bei Wiederholungen tarifrester Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Betreibung erlischt.

Anzeigen-Annahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher aufgegeben werden.

Bank-Konto:  
Verrechnungsbank Sinsheim  
e. G. m. b. H.

Nr. 103.

Dienstag, den 21. Juni 1927.

88. Jahrgang

## Beginn der Dreimächtekonferenz.

### Eine Botschaft Coolidges.

Genf, 21. Juni. Die Dreimächtekonferenz wurde gestern nachmittag um 3 Uhr in der Glasveranda des Völkerbundessekretariats, wo am Freitag noch der Völkerbund getagt hatte, eröffnet. Am Reichstisch hatten links die englische Delegation, in der Mitte die amerikanische und rechts die japanische Delegation Platz genommen. Hinter den Delegierten saßen in großer Zahl die technischen und militärischen Sachverständigen der einzelnen Delegationen. An den beiden Seiten hatten der als Beobachter der französischen Regierung entsandte Graf Claupeol und der von der italienischen Regierung entsandte Informator Anspoli Platz genommen. Im Zuschauerraum saß man den Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond. Die Verhandlungen der Konferenz werden in englischer Sprache geführt, ohne daß die im Völkerbundsrat übliche Uebersetzung ins Französische stattfindet. Der amerikanische Delegierte Gibson, Vorkonferenzen in Brüssel, erklärte in einem Hinweis auf die vom Präsidenten Coolidge ausgegangene Einladung die Konferenz für eröffnet. Ohne Debatte wurde Gibson auf Vorschlag der englischen Delegation zum Präsidenten der Konferenz gewählt. Generalsekretär der Konferenz ist der amerikanische Gesandte in Bern, Wilson, dem ein englischer und ein japanischer Delegierter beigegeben werden. Auf Vorschlag des japanischen Admirals Saito wurde die Einsetzung eines Begrüßungsprogramms an den Präsidenten Coolidge beschlossen.

Hierauf hielt der Präsident der Konferenz, Gibson, die Begrüßungsansprache, die er mit der Verlesung einer Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten an die Konferenz begann. In der Botschaft drückt Präsident Coolidge seine Genugtuung über die Konferenz aus. Ein Uebereinkommen, das jegliche Form eines Wettstreits zwischen Amerika, England und Japan für die Zukunft unmöglich machen würde, wäre von größter Bedeutung für die Aufrechterhaltung der guten Beziehungen und des gegenseitigen Einvernehmens zwischen den drei Mächten und würde einen entscheidenden Schritt in der Richtung der allgemeinen Währungsbedeutung bedeuten. Präsident Coolidge erklärte zum Schluß in seiner Botschaft, daß er der einstimmigen Ueberzeugung des amerikanischen Volkes Ausdruck gebe, wenn er erkläre, daß die Vereinigten Staaten alles in ihren Kräften stehende tun würden, um dieses Ziel zu erreichen.

Hierauf legten die drei Delegierten Englands, Japans und Amerikas in großen Zügen der Konferenz die Flottenaufrüstungsprogramme ihrer Regierungen vor.

**Das Programm der Seeabrüstungskonferenz.**  
Newyork, 21. Juni. Hier wird folgendes Programm für die Genfer Seeabrüstungskonferenz bekannt: Festsetzung der Verhältniszahl für Hilfsfahrzeuge auf 5:3:3, Beibehaltung der Höchstzahl für Kreuzer, Ablehnung der Herabsetzung der Tonnage für Großkampfschiffe und Ablehnung jeder Erörterung über die Befestigungen im Sundagebiet und über den Panamakanal.

## Deutschland und das Ergebnis der letzten Genfer Besprechungen.

Berlin, 21. Juni. Nach der Rückkehr von Genf wird in Kreisen der deutschen Genfer Delegation darauf hingewiesen, daß der Gesamteindruck, unter dem in der deutschen Presse die diesmaligen Genfer Beratungen gesehen worden sind, vielfach mißverstanden ist. Bei den diesmaligen Verhandlungen haben weniger die deutschen Angelegenheiten als vielmehr die durch den Abbruch der englisch-russischen Beziehungen geschaffene europäische Gesamtsituation zur Debatte gestanden. Die ausführlichen Aussprachen über diesen Fragenkomplex sind nicht von England inauguriert worden und haben nicht die Absicht verfolgt, irgend welche Verpflichtungen für oder gegen England zu schaffen. Daß die deutschen Belange innerhalb dieses Rahmens ein besonderes Interesse geweckt haben, ist angesichts der besonderen Lage, in der sich Deutschland befindet, verständlich. Jedoch ist auch in diesen Dingen der Gedankenaustausch nicht darüber hinausgegangen, mehr als eine Entspannung der bestehenden Lage zu schaffen. Daß derartige Besprechungen nicht in der Öffentlichkeit des Völkerbundes geführt werden konnten, ist infolge ihrer besonderen Natur ohne weiteres klar, da eine Uebereinstimmung in solchen Fragen nicht in öffentlicher Debatte erzielt werden kann. Es hat sich nicht darum gehandelt, eine Antisowjet-Front in Genf zu schaffen. Auch mit den Beziehungen der einzelnen Nationen zum russischen Staat und zum russischen Volk an sich hat diese Aussprache nichts zu tun gehabt. Die Frage, um die es sich gehandelt hat, ist somit das allgemeine Empfinden, daß gewisse Auswirkungen der revolutionären Weltpropaganda und gewisse Methoden des Sowjetstaates nicht international gebilligt werden können. Der deutsche Standpunkt hat dementsprechend allgemeine Anerkennung gefunden, und die deutsche Auffassung der unbedingten Aufrechterhaltung der Neutralität ist gestärkt aus den Verhandlungen hervorgegangen.

Zu den Fragen, die im Völkerbund unmittelbar selbst behandelt worden sind, wird darauf verwiesen, daß es gelungen ist, in der Memelfrage den litauischen Ministerpräsidenten durch das eingeschlagene Verfahren stärker zu binden als dies durch einen Völkerbundsbeschluss der Fall gewesen wäre. Insbesondere, da auch andere Großmächte als Deutschland sich einwandfrei dahin geäußert haben, daß dies das letzte Mal sein müsse, daß Memelbeswerden vor dem Völkerbund verhandelt würden. Ebenso ist darauf hinzuweisen, daß in den Danziger Fragen von vier Punkten drei zur Befriedigung Danzigs erledigt worden sind, und daß in der vierten Frage eine Einigung zwischen Polen und Danzig zu erzielen gewesen wäre, wenn nicht auch Deutschland aus anderen Gründen eine Verlagerung für wünschenswert gehalten hätte.

Zu bedauern ist allerdings, daß die Armenienfrage und der ungarisch-rumänische Streit nicht zu lösen gewesen sind. Die Deutschland interessierenden Punkte der Beilegung des Konfliktes in der Disfektionsfrage und der Verminderung der Besatzungstruppen sind leider nicht sehr viel weiter gefördert worden, da eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Deutscherseits muß darauf hingewiesen werden, daß die Verminderung der Besatzungstruppen keine Wohlthat ist, die sich Deutschland durch den Erweis seines guten Willens verdienen muß, sondern daß Deutschland auf die Verminderung der Besatzungstruppen einen Anspruch hat, der ganz unabhängig von irgend welchen Bedingungen von den Alliierten erfüllt werden muß. Auf ein Mißverständnis scheint es hingegen zurückzuführen zu sein, wenn ein Vermittlungsvorschlag, den Deutschland in der Frage der Kontrolle der zerstörten Disfektionen gemacht hatte und der eine Inspektion durch einen Neutralen vorsah, von alliierter Seite nicht aufgenommen worden ist. Die Besprechungen über diese Fragen würden jedoch zweifellos zu einem Ergebnis geführt haben, wenn nicht unglücklicherweise Briand schwer erkrankt wäre. Es ist endlich abwegig, die Krankheit Briands als eine politische Krankheit zu bezeichnen, da bereits die ersten Verhandlungen sehr stark unter dem schlechten Befinden

Briands gelitten haben. Ingesamt ist bezüglich der deutsch-französischen Beziehungen darauf zu verweisen, daß heute eine Wiederannäherung als möglich erscheint. Deutscherseits kommt es darauf an, daß die prinzipielle Einigung, die in den Januarverhandlungen erzielt worden ist, nunmehr auch auf die Einzelheiten übertragen wird.

Die deutsche Beteiligung an der Mandatskommission ist vor allen Dingen damit zu rechtfertigen, daß Deutschland über große koloniale Erfahrung verfügt, die es im Interesse der Allgemeinheit verwenden muß. Weiter muß darauf hingewiesen werden, daß die Beteiligung an der Mandatskommission noch lange nicht die Uebernahme eines Mandates bedeutet und daß andererseits eine gewisse Beaufichtigung der Mandatsfrage durch den Völkerbund nicht unerwünscht ist. — Ingesamt ist somit festzustellen, daß Deutschland, obwohl es diesmal im einzelnen nicht besonders viel nach Hause gebracht hat, die Stellung Deutschlands im Völkerbund sich weiter gebessert hat.

### Um den deutschen Sitz in der Mandatskommission

Genf, 21. Juni. Die ständige Mandatskommission des Völkerbundes trat gestern vormittag zu ihrer ordentlichen Tagung unter Vorsitz des italienischen Marquis Theobaldi zusammen.

Zu Beginn der Sitzung legte der Präsident der Kommission ein Schreiben des Generalsekretärs des Völkerbundes vor, in dem dieser Mitteilung macht, daß der Völkerbundsrat in seiner Junitagung die Einräumung eines ständigen Sitzes an Deutschland in der Mandatskommission erwogen habe. Der Völkerbundsrat habe jedoch beschlossen, vor einer endgültigen Entscheidung hierüber die Stellungnahme der Mandatskommission anzuhören. In dem Schreiben wird ferner die Mandatskommission gebeten, auf ihrer gegenwärtigen Tagung zu der Einräumung eines Sitzes an Deutschland Stellung zu nehmen.

Der Antrag des Rates wurde auf die Tagesordnung der Mandatskommission gesetzt. Hierbei betonte jedoch der Generalsekretär Direktor Rappart, daß die Mitglieder der Mandatskommission nicht Vertreter ihrer Regierungen seien, sondern der Kommission ausschließlich in der Eigenschaft als Sachverständige angehörten. In der Öffentlichkeit sei vielfach der falsche Eindruck entstanden, daß die deutsche Regierung nunmehr einen Vertreter in die Kommission entsenden werde. Dies entspreche jedoch nicht den Statuten der Mandatskommission, deren Mitglieder an keine Instruktionen der Regierungen gebunden seien und lediglich als Sachverständige und nicht als politische Vertreter die Berichte der Mandatsmächte zu prüfen hätten.

Zur Diskussion wurde beschlossen, in den weiteren Verhandlungen auch die Frage der Kompetenzen der Kommission zu erörtern. Hierzu liegt ein Schreiben der englischen Regierung vor, in dem eine genaue Begrenzung der Kompetenzen der Mandatskommission gefordert wird. Ferner wird eine Prüfung der Souveränitätsrechte der Mandatsmächte in den Mandatsgebieten verlangt. Die Kommission wird sich weiter mit den Berichten der Mandatsmächte über die Verwaltung ihrer Mandatsgebiete zu befassen haben.

Der Leiter der Mandatsabteilung des Völkerbundssekretariats legte ferner den üblichen Vierteljahresbericht über die Tätigkeit der Abteilung vor. Der Bericht entfällt lediglich eine allgemeine Uebersicht über die laufenden Verwaltungstechnischen Angelegenheiten.

London, 21. Juni. Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph wies gestern im Zusammenhang mit den Vereinbarungen über die Erteilung eines Sitzes in der Mandatskommission an Deutschland daraufhin, daß mit der Opposition der britischen Dominions zu rechnen sei, da diese seit langem einen Sitz in der Mandatskommission verlangten.

Ueber die Besprechungen zwischen Chamberlain und Dr. Stresemann berichtet der Korrespondent, der englische Außenminister habe Dr. Stresemann darauf hingewiesen, daß gerade er die Möglichkeit habe, die Sowjetregierung zur Mäßigung zu ermahnen, nachdem England die diplomatischen Beziehungen mit Rußland abgebrochen habe, Italien in Moskau mißtrauisch beobachtet werde und der belgische Außenminister als Sozialist und Verräter gelte. Frankreich sei merkwürdigerweise von Chamberlain nicht erwähnt worden.

### Die französische Presse zur neuesten Rede Poincarés

Paris, 20. Juni. Die gestrige Rede Poincarés in Lunéville erweckt naturgemäß in allen Parteilagern lebhaftes Echo.

Während die Rechte den Ausführungen Poincarés selbstverständlich reichhaltige Anerkennung zollt, bedauert die Linke die Erklärungen Poincarés und befürchtet, daß sie nicht nur die deutsch-französische Annäherung erschweren werden, sondern auch geeignet seien, das Mißtrauen des Auslandes gegenüber der französischen Außenpolitik infolge der zunehmenden Einflußnahme Poincarés auf die auswärtigen Angelegenheiten zu steigern.

Das Blatt 'L'Action', die 'Volonte', schreibt, wenn man die Worte Poincarés lese, so glaube man sich plötzlich drei Jahre zurückverlegt. Poincaré flage Deutschland des bösen Willens an und poche auf die Rechte Frankreichs aus dem Versailler Vertrag, als ob Locarno, Völkerbund und Briands Politik keine Tathaten, sondern Träume wären. Poincarés Uebergriffe in die Domäne Briands mehrten sich ständig. Unter diesen Umständen sei es wünschenswert, daß man in Frankreich keine Kriegerdenkmäler mehr enthalte.

Das sozialistische 'Deuvre' ist von der Poincaré-Rede keineswegs überrascht. Alles, was der Ministerpräsident gestern sagte, habe er bereits wiederholt erklärt.

Nun sei nur die Stelle, die von dem Interesse Frankreichs spricht, mit seinen Nachbarn wieder gute Beziehungen aufnehmen zu wollen. Auf diese Stelle der Rede geht übrigens auch die 'Volonte' ein. Das Blatt meint, vor drei Jahren hätte Poincaré sicherlich noch keinen Unterschied zwischen dem deutschen Volk und dem kaiserlichen Regime gemacht. Das alles wolle aber nichts belegen angesichts der Bestrebungen des französischen Ministerpräsidenten, die Kriegsschuldfrage wieder aufzurollen, in der Frage des Dawesplanes gegen Deutschland Mißtrauen zu säen und Deutschland der Verletzung der Militärklauseln des Versailler Vertrages zu beschuldigen. In letzterer Frage steht übrigens Poincaré in scharfem Gegensatz zu Briand. — Der 'Avenir' Millerands sieht in der Rede eine offizielle Bekräftigung dafür, daß die Annäherungspolitik zwischen Deutschland und Frankreich bisher kein Ergebnis gezeitigt habe.

Die royalistische 'Action francaise' bezeichnet die Rede als eine Inventaraufnahme der deutschen Verfehlungen.

Der 'Figaro' meint, die Ausführungen Poincarés hätten nach der Vertagung gewisser wichtiger Fragen in Genf die wahre Lage der europäischen Politik zu erkennen gegeben.

### Lothringer Stimme zum Abmarsch französischer Truppen in Saarbrücken.

Ohne irgend eine Anteilnahme der Bevölkerung verließen, wie bereits berichtet, in der Woche nach Pfingsten französische Truppen Saarbrücken und zogen fort. Beachtenswert ist, daß nach Beobachtungen eines lothringischen Augenzeugen der Empfang der im Saargebiet ausquartierten Franzosen in Forbach ein ziemlich kühler war. Die gut französische, aber in deutscher Sprache erscheinende 'Forbacher Bürgerzeitung' verurteilt diese Tatsache, so gut sie kann. Sie schreibt: 'Der Abzug aus dem Saargebiet selbst war ohne Störung vor sich gegangen, und die Bevölkerung verhielt sich durchaus korrekt. Für die 153 er war es aber eine Freude, von einer indifferenten und teilweise feindseligen Bevölkerung nun zu Freunden und Landsleuten zu kommen.' Und der Herr Maire von Forbach mit dem ganz französisch klingenden Namen Barth, dessen Vater aus dem Saargebiet stammt, begrüßte den Oberst und seine Soldaten durch eine Ansprache, in der von der früheren deutschen Knechtschaft die Rede war; dann hieß es: 'Immerhin kann eine solche Fremdherrschaft nicht währen, ohne Spuren zu hinterlassen: viele unserer Mitbürger sprechen die französische Sprache nicht. Ich bitte Sie, dieselbe wegen des Sprachunterschiedes nicht zu verwechseln mit der feindseligen Bevölkerung, die Sie eben verlassen haben.'

Danke, Herr Maire, für zweierlei: erstens dafür, daß auch Sie als im Augenblick gerade französischer Lothringer doch zugeben, daß bei Ihnen die Landessprache deutsch ist; zweitens für das gute Zeugnis, das Sie ungewollt den Saarbrückern ausstellen. Die im Saarland sind wirklich so wenig wie sonst eine rheinische Stadt geeignet, eine französische Besatzung mit 'Liebe' zu behandeln. Die Stimmung ist immer die: Wohl ist es den Saarländern erst dann wieder, wenn der letzte Franzose aus ihrem Bereich verschwunden ist.

### Amerikanische Stimmen für sofortige Rheinlandräumung

Newyork, 21. Juni. Die 'Newyork Times' schreiben, die Genfer Vorgänge hätten den Beweis erbracht, daß Deutschland bei der Lösung internationaler Fragen unentbehrlich geworden und mehr als andere Staaten in der Lage sei, auf Moskau mächtig einzuwirken. Stresemann scheine wirklich die Rolle übernehmen zu wollen. Deutschland würde — so erklärt das Blatt weiter — die sofortige Rheinlandräumung verlangen.

Es würde kein großes Risiko sein, wenn man der sofortigen Räumung des besetzten Gebietes zustimmte. Deutschland habe bestimmt ein moralisches Recht darauf, selbst wenn man das legale Recht bestreiten wollte. Deutschland habe den

vocarno-Abmachungen zugestimmt und sei Mitglied des Völkerbundes. Warum solle man dem Reich also nicht bei der Befreiung seines Territoriums helfen und mit ihm zusammenarbeiten, um der Befreiung Rußlands vom kommunistischen Joch die Wege zu ebnen. Früher oder später müsse Deutschland doch als Herr im eigenen Hause anerkannt werden.

„Jetzt ist es genug!“

Neuer Gewaltakt polnischer Aufständischer.

Gleiwitz, 20. Juni. Wie erst jetzt nach einer Meldung der „Ostdeutschen Morgenpost“, bekannt wird, sind die Mitglieder des Vereins der Sportfreunde, Kohnberg-Beuthen, die am Donnerstag in Piekar in Ostoberschlesien mit einem Sportverein ein Freundschaftsspiel ausgetragen haben, auf dem Heimweg in der Nacht von Aufständischen überfallen worden. Dabei wurden zwei Mann der Sportfreunde blutig geschlagen. Einer blieb bewußtlos liegen. Gegenwehr war unmöglich, da im Hinterhalt eine größere Bande zur Hilfeleistung bereitstand. Ein Polizist sah dem Treiben ruhig zu und rief, als er einen Deutschen blutend am Boden liegen sah, in polnischer Sprache: „Jetzt ist es genug!“

Das Unrecht in Südtirol

Bozen, 21. Juni. Der staatliche Bürgermeister von Tramin, de Varda, unterlagte dem Lehrer Nibel, trotzdem er Leiter des Kirchchors vor Tramin ist, die Teilnahme an der Fronleidendens-Prozession. Nibels Bitte, wenigstens seinen Sohn an der Prozession teilnehmen zu lassen, wurde mit dem Hinweis abgelehnt, daß sich Vater und Sohn ja völlig gleich seien. Vor kirchlicher Seite wurde daraufhin die Prozession abgesetzt.

Die Sparkassenaufwertung.

Eine Erklärung des Reichsjustizministers.

Berlin, 20. Juni. Im Unterausschuß des Rechtsausschusses des Reichstages erklärte der Reichsminister der Justiz zur Frage der Sparkassenaufwertung: In Verhandlungen mit den Ländern haben diese sich durchweg bereit erklärt, die gesamte Teilungsmasse der Sparkasse zugunsten der Spargläubiger zu verwenden. Auf diese Weise ist gewährleistet, daß die Spargläubiger, soweit entsprechende Masse vorhanden ist, eine Aufwertungsquote über zwölfeinhalb Prozent erhalten. Die Länder sind ferner in der übergroßen Mehrzahl bereit, dafür Sorge zu tragen, daß jede Sparkasse den Mindestsatz von zwölfeinhalb Prozent aus eigener Kraft oder durch Heranziehung der Garantien aufbringt. Nur einzelne Länder haben geglaubt, sich vorbehalten zu müssen, leistungsschwachen Sparkassen zwecks Erhöhung des Aufwertungsatzes auf zwölfeinhalb Prozent einen Teil der Uberschüssebeträge auf zwölfeinhalb Prozent, die bei anderen Klassen sich ergeben, zuzuwenden. In den übrigen Ländern wird der Uberschussbetrag über zwölfeinhalb Prozent, der bei den einzelnen Sparkassen sich ergibt, nicht zur Auffüllung des Aufwertungsatzes auf zwölfeinhalb Prozent bei leistungsschwachen Sparkassen, sondern zur Erhöhung des Normalsatzes von zwölfeinhalb Prozent und zugunsten der Spargläubiger verwendet. Die Methode, wofür die Verwendung erfolgt, ist in den einzelnen Ländern verschieden. Eine Anzahl Länder wenden die Uberschüssebeträge den Gläubigern der betreffenden Klasse zu, bei der die Uberschüsse erzielt sind; in anderen Ländern werden die Uberschüssebeträge generell zur Erhöhung des Aufwertungsatzes zugunsten aller Gläubiger des betreffenden Landes verwendet. Bezüglich der Berechnung und Begrenzung der von der Verteilungsmasse etwa abzuziehenden Verwaltungskosten ist die Reichsregierung gern bereit, unter Wahrung der Hoheit der Länder mit den Länderregierungen zum Zwecke einer für die Gläubiger möglichst günstigen Regelung Fühlung zu nehmen.

Ein neuer staatlicher Lotterievertrag

Neuregelung der Staatslotterie. — Maßgebende Mitwirkung der süddeutschen Länder bei der Leitung des Unternehmens.

Der bisherige Vertragszustand, wonach sich Bayern, Württemberg und Baden der Preussischen Klassenlotterie angeschlossen haben, befriedigte nicht, vor allem da die Regelung der Ertragsanteile für die süddeutschen Länder ungünstig war und sich der Berechnungsschlüssel der süddeutschen Ertragsanteile als ungünstig erwies. Weiter war die Staatslotterie in der Hauptsache ein preussisches Unternehmen und wurde daher, was ganz natürlich war, vorwiegend im Interesse Preußens verwaltet; die Mitwirkung der süddeutschen Länder bei der Leitung war ungenügend. Endlich litt die Staatslotterie unter einer gewissen bürokratischen Schwerfälligkeit.

Unter diesen Umständen kamen die Regierungen von Bayern, Württemberg und Baden überein, den Staatsver-

trag vom 29. Juli 1911 auf den erzulässigen Termin zu kündigen. Die Kündigung tritt in Kraft für Württemberg und Baden auf den 30. Juni, für Bayern, das dem Staatsvertrag seinerzeit erst später beigetreten ist, auf den 31. Dezember 1927. Schon vor der Kündigungsankündigung hatten die Regierungen der süddeutschen Länder mit Preußen Verhandlungen über eine Umgestaltung der Staatslotterie und ihre bessere Beteiligung eingeleitet, wobei die Errichtung einer eigenen süddeutschen Lotterie einsehend erwogen wurde, falls sich eine Einigung mit Preußen nicht erzielen erwies hätte.

So kam der neue Staatsvertrag zustande. Preußen ist den süddeutschen Wünschen entgegengekommen.

Der neue Staatsvertrag wurde am 13. Juni in Wiesbaden, vorbehaltlich der Genehmigung des Landtags, unterzeichnet. Die Preussisch-Süddeutsche Staatslotterie, bisher preussisches Unternehmen unter Aufsicht des preussischen Finanzministers, wird dadurch in eine selbständige rechtsfähige Anstalt überführt. Der Staatslottereausschuß ist das oberste Organ des Unternehmens. Die Anstalt wird durch die Direktion in Berlin verwaltet. Die Generaldirektion besteht aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und der erforderlichen Anzahl von Direktoren. Der Reingewinn wird nach der Bevölkerungszahl unter die vertragschließenden Länder verteilt.

Die vereinbarte Neuregelung für die gesamte Staatslotterie ebenso auch für die Länder Bayern, Württemberg und Baden erheblich günstiger als bisher. Bisher fiel der betragsmäßig zur Rücklage in jedem Jahre abgeführte Betrag ausschließlich in die preussische Staatskasse. Nun nehmen auch die süddeutschen Länder an der künftigen Rücklage gleichfalls nach der Bevölkerungszahl teil. Sodann wird die Staatslotterie aus einem preussischen Unternehmen in ein Gemeinschaftsunternehmen der vertragschließenden Länder umgestaltet. Sie untersteht fortan nicht mehr dem preussischen Finanzminister, sondern ausschließlich dem paritätisch zusammengesetzten Staatslottereausschuß. Die Neuregelung bringt den süddeutschen Ländern eine maßgebende Mitwirkung bei der Leitung des Unternehmens.

Dr. Köhler zur Befoldungsreform

Berlin, 21. Juni. Im Haushaltsausschuß des Reichstages erklärte Reichsfinanzminister Dr. Köhler zu den Anträgen über die Beamtenbefoldung:

„Die periodisch wiederkehrende Forderung einer Reform unserer Beamtenbefoldung soll damit ein Ende finden, daß nach der Meinung der Regierung am 1. Oktober dieses Jahres eine wirklich durchgreifende Reform der Beamtenbefoldung stattfinden soll. Die Reichsregierung hat sich einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß diese Reform der Beamtenbefoldung keine teilweise, sondern eine alle Befoldungsgruppen umfassende sein soll. Sie möchte daher auch davon absehen, prozentuale Zuschläge auf Grund der heute bestehenden Befoldungsordnung der Beamten zu gewähren. Die Regierung ist davon überzeugt, daß die jetzige Befoldungsordnung so viele Unstimmigkeiten enthält und zu so viel berechtigten Beschwerden Anlaß gegeben hat, daß hierauf keine prozentualen Zuschläge aufgebaut werden können. Es ist daher beabsichtigt, eine neue Befoldungsordnung zu schaffen, die dem entspricht, was vom Parlament schon verlangt wurde, wie auch von den Beamtenorganisationen für notwendig gehalten worden ist. Bei dem Ausmaß ist natürlich auf die finanzielle Lage des Reiches Rücksicht zu nehmen. Nach meiner Meinung erfordert eine Befoldungsregelung einen Aufwand von weit mehr als einhundert Millionen ohne Berücksichtigung der Kosten für die Beamten der Eisenbahn- und Postverwaltung. Hieran schließt sich automatisch eine Erhöhung der Beiträge für Kriegsbeschädigte an, die mehr Kosten verursacht, als die Ausgaben für die eigentlichen Beamten. Man schätzt den Gesamtaufwand auf mehrere hundert Millionen. Bei einer solchen Mehrausgabe ist es doch sicherlich Pflicht der Regierung, auch über die Deckungsfrage nachzudenken und nicht ohne weiteres die Lösung der Deckung etwa dem Reichstag zu überlassen. Aus diesem Grunde hat die Reichsregierung an ihrer Forderung vom 1. Oktober ab die Befoldung zu erhöhen, die Bedingung geknüpft, daß die wirtschaftliche Lage nicht schlechter wird. Dies soll natürlich nicht heißen, daß schon bei einem etwaigen einmaligen geringeren Eingang von Steuern hiervon abgesehen wird, sondern gemeint wird, daß keine wirtschaftliche Katastrophe eintritt. Dieser Auffassung muß wohl jedermann zustimmen, da wir auf dem Boden einer Anleihe sicher keine neue Befoldungsordnung schaffen können. Ich glaube, die feste Zusage hier abgeben zu können, daß ich in der Lage sein werde, für 1927 für den Reichsetat ohne weitere steuerliche Maßnahmen die erforderlichen Mittel aufzubringen. Na-

türlich müßten auch Post und Eisenbahn für Deckung der erforderlichen Mittel sorgen. Ferner ist zu beachten, daß eine Erhöhung sämtlicher Beamtengruppen erfolgen soll. Ebenso sollen die Pensionäre, Wartgeldempfänger und Hinterbliebenen entsprechende Berücksichtigung finden. Die Länder und Gemeinden werden dem Vorgehen des Reiches mehr oder weniger folgen müssen. Wenn ich Ihnen heute auch noch nicht die Gesamtsellungsnahme aller deutschen Länder mitteilen kann, so bin ich doch in der Lage, Ihnen im Namen des preussischen Finanzministers die Erklärung abzugeben, daß Preußen nicht in der Lage ist, früher als am 1. Oktober dieses Jahres eine Erhöhung der Beamtenbefoldung in seinem Etat unterzubringen. Ich werde in der Lage sein, Ihnen demnächst die Stellungnahme der einzelnen Länder zu sagen, da eine gemeinsame Sitzung der Länderfinanzminister mit dem Reichsfinanzminister über diese Frage stattfinden wird. Zu den Aufbesserungen der Länder kommen dann noch die Gemeinden. Ich möchte heute schon ausdrücklich betonen, daß keine Rede davon sein kann, daß den Ländern oder Gemeinden vom Reich irgend welche Zuschüsse zur Erhöhung der Beamtenbefoldung gewährt werden können.

„Sie müssen versuchen, aus Ihren eigenen Einnahmen auch mit der Erhöhung der Beamtenbefoldung fertig zu werden. Abschlagszahlungen jetzt zu geben, halte ich für verkehrt, schon aus dem Grunde, weil hierdurch ein Verzetteln der dem Reich zur Verfügung stehenden Gelder eintreten würde. Wir sind entschlossen, durchgreifend zu helfen. Es soll keine Beamtengruppe übergangen oder übersehen werden. Wir wollen Rücksicht nehmen auf das, was sich im Laufe der sieben Jahre in der Befoldungsordnung als verbesserungsbedürftig erwiesen hat, aber vor dem 1. Oktober ist das finanziell nicht zu tragen.“

An Dr. Köhlers Ausführungen schloß sich eine längere Debatte an, die am Freitag im Beisein der Finanzminister der Länder fortgesetzt werden soll.

Deutscher Reichstag

(323. Sitzung.)

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 15 Uhr. Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle die zweite Beratung der Vergleichsordnung. Danach kann ein Schuldner, der zahlungsunfähig geworden ist, zur Abwendung des Konkurses die Eröffnung eines gerichtlichen Vergleichsverfahrens beantragen. Die umfangreiche Vorlage, die 93 Paragraphen umfaßt, wird unter dem lebhaften Beifall des Hauses ohne jede Aussprache in zweiter und dritter Lesung gegen die Kommunisten angenommen.

Es folgt die erste Lesung des Schankstättengesetzes. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius ergriff das Wort, dessen Ausführungen wir an anderer Stelle bringen.

Abg. Schulz (Weislaß (Soz.) erklärt, die Forderungen der Gegner des Alkoholmißbrauchs seien in der Vorlage in keiner Weise verwirklicht. In der Frage des Jugendbundes sei ein Rückschritt. Mit bürokratischem Hochmut gehe die Regierung über das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung hinweg.

Abg. Frau Philipp-Baden (Ztr.) weist darauf hin, daß die Frau am meisten unter den Folgen des Alkoholmißbrauchs zu leiden habe. Auch im Interesse des anständigen Wirtegewerbes müsse eine strenge Prüfung des Bedürfnisses durchgeführt werden. Die Abgabe von Alkohol an Jugendliche sollte verboten werden. Es sei widersinnig, daß man die Nacht zum Tag und den Tag zum Schlaf benutze. Verlängerungen der Pflanzzeit sollten deshalb grundsätzlich abgelehnt werden.

Abg. Wollath (Wirtsh. Vereinigung) erklärt: Die Vorlage sei für seine Freunde unannehmbar. Die Freunde der Trockenlegung und des Gemeindefeststellungsrechtes sollten aus den Erfahrungen lernen, die man in Amerika damit gemacht habe. Dort wurden 1914 321 000 Verhaftungen wegen Trunkenheit vorgenommen. 1923 nach Einführung der Trockenlegung waren es 515 000. Die jetzigen Bestimmungen der Gewerbeordnung reichen völlig aus, so daß die Vorlage ganz überflüssig ist. Man will damit die Mehrheit des Volkes verweigern. Die Sonderbestimmungen gegen das Gastwirts-gewerbe bedeuten eine Aufhebung der Gewerbefreiheit und damit eine Verfassungsänderung, die nur mit Zweidrittelmehrheit beschloffen werden kann.

Abg. Frau Arndt (Komm.) wirft den Reichstagsparteien vor, daß es ihnen gar nicht ernsthaft um die Bekämpfung des Alkoholismus zu tun sei. Der vorliegende Gesetzentwurf ändere nicht viel an den bestehenden Zuständen, sondern enthalte nur kleinliche Bestimmungen gegen das Gastwirts-gewerbe.

Anatol Wangerin

Ein Roman für jung und alt von Amanda Rock.

24) (Nachdruck verboten.)

Hatte eben noch ein Krampf Anatols Herz zusammengeknüpft, so wählte er sich jetzt hoch in die Luft gehoben. Er hand neben einem Polizisten, dicht vor ihm sein Signalement, und der Beamte hielt ihn für jeden anderen, nur nicht für den Gefangenen!

So viel Entzücken war fast nicht möglich, in sich einzuwürgen. Schon wollte der Ubergelächte sich hinreißen lassen, etwas auf des Schutzmans Worte zu antworten, als er in großer Vorsicht fürchtete, durch sein „scheinbar bescheidenes Benehmen“ demselben doch vielleicht aufzufallen. So nicht er nur nichtsagend und schritt langsam weiter.

„Der scheint nicht deutsch zu verstehen, wahrscheinlich ein Engländer, die haben ja meist solch wasserhelles Haar,“ dachte der Schutzmann und entfernte sich nach der anderen Seite. Schwindelnd vor innerem Jubel, lachte Anatol fortwährend vor sich hin, die Stadt erschien ihm wieder wunderhübsch, die Menschen, welche an ihm vorbeigingen, wie lauter Engel.

Er fühlte nicht seinen Tornister, nicht die Last der Aepfel; hätte es nicht angefangen zu dunkeln, er wäre noch immer weiter und weiter gelaufen, denn in geschlossenen Räumen fand er mit seiner Freude keinen Platz. Jetzt erst fühlte er sich wirklich den Gefängnismauern entronnen.

Ein Restaurant, zu welchem von der Straße aus mehrere Stufen hinabführten, erweckte Anatols Aufmerksamkeit. Er blickte durch die Fenster.

Beim Schein einer hellbrennenden, von der Decke herabhängenden Dellampe, saßen um einen großen, runden Tisch, in der Mitte der geräumigen Stube, mehrere Droschkentrittscher. Vor der Tür befand sich ein Halteplatz. Sie tranken Weißbier, und einige aßen dazu aus aufgewickelter Zeitungspapier Butterbrote, die sie sich mitgebracht zu haben schienen.

„Da unten kann ich mein Mitgebrachtes verzehren,“ dachte der junge Reisende, „und da wird auch das Bier nicht teuer sein. Ich will nur etwas fester auftreten als gewöhnlich,“ rief

er sich lächelnd, sonst falle ich durch mein „scheinbar“ bescheidenes Benehmen auf. Ich bin ja so entsetzlich falsch, Herr Staatsanwalt!“

Couragiert die Holzstufen hinabsteigend, zog er auf der vierten den Fuß schnell im ersten Schreck wieder in die Höhe, als ein nicht endenwollendes Geklingel ertönte — ein Zeichen, daß ein Gast nahe — dann aber stieg er festen Schrittes weiter hinab und landete, freundlich und neugierig von den Wirtseuten begrüßt, in der Gaststube.

Anatol trat an das Büfett und sagte artig aber züht: „Ich bitte um eine kleine Weißbier.“

Hierauf setzte er sich an einen langen Tisch an der Seitenwand, an dem schon mehrere Männer tartenpielend saßen, bei deren näherer Betrachtung er innerlich erschrak.

Nun kam auch der Wirt, welcher ihm das Bier in einem weiten, hantelosen Glase überbrachte, und fragte, ob er vielleicht etwas zu essen wünschte. Auf des jungen Gastes höfliche Verneinung zog er sich mit sehr erkaltetem Ausdruck in dem rüchlichen Antlitz wieder zurück.

Beim Eröffnen der Blechtafel konnte Anatol nur mühsam die Nahrung unterdrücken, die sich heiß in seine Augen drängen wollte. Er wußte bestimmt, daß das der Guten ganzer Buttervorrat gewesen, den sie in das ausgehöhlte Brot hineingezwängt; vor nächster Woche hatte sie nun keine, denn dann war erst wieder so viel Sahne beisammen, um neue Butter ausstoßen zu können.

Daneben noch ein großes Stück durchwachsender Speck und ein halber, großer Ziegenkäse. Diese Unmenge Proviant hatte sie ihm liebend zugemutet, noch vor dem Eintreffen bei dem Phantastionkel in sich hineinzupacken. Sie fürchtete, die würde es knapp hergeben, darum wollte sie wenigstens für heute noch vorgesorgt haben.

Einer der Droschkentrittscher, ein Mann von ungefähr fünf- undzwanzig Jahren, der etwas angeheitert schien, betrachtete Anatol mit den liebevollsten Blicken.

„Ein zu hübscher Junge,“ sagte er, sich mit der Hand über den braunen Schnurrbart streichend.

„Du, Ede,“ zischelte ein noch ganz junger, durchtriebener Geselle von derselben Gilde, „ist lach' mir'n Äst, dem kleinen

Barno müssen wir'n Affen ansehen, der hat sich man bloß aus Zufall hierunter verlaufen.“

„Ja, du, bitt mach' mal,“ füsterten die anderen, rings um den Tisch Sitzenden, außer einem einzigen, der davon abredete, dem aber sofort sämtliche heiser zukrächzten:

„Ach wagt, allens weest de besser, aus deine Tasche jeh't's ja nich; steck' deine Nase int' Glas, un kümmerer dir nich un uns!“

Der mit „Ede“ angeredete, gutmütig aussehende Droschkentrittscher stand auf, ging an das Büfett und forderte:

„Vor'n Droschen Kimmel mit fein Bittern.“

„Mir'n Kimmel mit Luft,“ verlangte der andere Kutscher, derselbe, welcher den Wunsch hegte, sich „einen Äst zu lachen.“

Beide traten mit dem Gläschen in der Hand an Anatols Seite hin.

„Wißte mal einen abbeissen, kleiner Weißbier?“ nahm Nante das Wort.

Nichts konnte Anatol mehr Spaß bereiten, als wenn man Anspielungen, die beleidigend sein sollten, auf seine Haare machte.

„Ich danke sehr, ich bin an solche Getränke nicht gewöhnt,“ lehnte er freundlich, aber entschieden ab.

„Donnerwetter, aus was für'n Tragenschloß kommen denn eure Hoheit?“ rief der Kutscher. „Habt ihr jeh'rt? Ich bin an solche Getränke nich gewöhnt,“ wiederholte er, geziert die Lippen spitzend, mit hoher Stimme, glaubend, den jungen Fremdling tödlich kopiert zu haben.

Sämtliche Anwesende bestärkten ihn noch in seiner Verblendung, indem sie den „Mimen“ durch wiederholtes Gelächter belohnten.

„Gen Schlußsten kannst du doch mal nehmen,“ quälte der Kutscher aufdringlich, packte Anatol plötzlich im Genick und wollte ihm den Inhalt des Glases gewaltsam in den Mund gießen.

Im nächsten Augenblick hatte er aber bereits einen so kräftigen Stoß vor die Brust empfangen, daß er plötzlich auf dem Boden saß.

Abg. Sparrer (Dem.) mahnt zu einer besonders vor-
sichtigen Behandlung der Vorlage, da die Gewerbesteuer
gefahrdet sei. Seine Freunde seien bereit, bei der Bekampfung
des Alkoholmißbrauches mitzuwirken. Der Redner
fordert auch eine einheitliche Regelung der Polizeistunde.

Abg. Schirmer-Franken (Bayr. Volkspartei) ist be-
reit, alle Bestrebungen zu unterstützen, die auf eine Bekampfung
des Alkoholmißbrauches und auf einen Schutz der Jugend
hinauslaufen. Der Redner empfiehlt eine Eingabe der
katholischen Jugendvereine, wonach auf vierhundert Einwohner
nur eine Schankstätt kommen soll. Bayern werde dem
Hauptziel mancher Länder, die weibliche Bedienung abzu-
schaffen, nicht folgen, denn Bayern habe seine weibliche Be-
dienung sehr gern (Heiterkeit). Bayern lasse sich auch kein
Bier nicht nehmen (erneute Heiterkeit). Das Gemeinde-
bestimmungsrecht müsse natürlich abgelehnt werden.

Abg. Rippel (Dtn.) wünscht ein verbessertes Konze-
ptionswesen. Die parteipolitische Behandlung des Gemeinde-
bestimmungsrechts habe viele Freunde dieses Rechtes in den
deutschnationalen Reihen zu der Ueberzeugung gebracht, daß
das Gemeindebestimmungsrecht bei Veratung dieses Ge-
setzes keine Rolle spielen dürfe.

Abg. Bides (DVP.) begrüßt den Gesetzentwurf im
ganzen und behält sich die Stellungnahme zu Einzelheiten
vor. Das Ziel müsse sein, unsere Jugend vor den Gefahren
des Alkohols zu bewahren, aber auch die berechtigten Inter-
essen des ehrbaren Gastwirtsstandes zu schützen.

Die Vorlage wird an den volkswirtschaftlichen Ausschuß
verwiesen.

Das Haus verlegt sich auf Dienstag 15 Uhr: Reform des
Strafgesetzbuches.

Ergänzung des interfraktionellen Ausschusses.

Berlin, 21. Juni. Der interfraktionelle Ausschuß der
Regierungsparteien trat in Anwesenheit des Reichsfinanz-
ministers Dr. Köppler am Montagvormittag zehn Uhr wie-
der zusammen, um die Verhandlungen über die strittigen
Boll- und andere Fragen fortzusetzen.

Für die Fortsetzung der Aussprache über die Weltwirt-
schaftskonferenz im Ausland, volkswirtschaftlichen und
Handelspolitischen Ausschuß des Reichstages ist noch kein
fester Termin bestimmt. Wahrscheinlich wird die gemein-
same Sitzung erst am Mittwoch oder Donnerstag statt-
finden.

Aus dem Haushaltsausschuß des Reichstages.

Berlin, 21. Juni. Im Haushaltsausschuß des Reichstages
wurden gestern sozialdemokratische, demokratische und kom-
munistische Anträge über die Neuregelung der Beamten-
besoldung beraten. Alle drei Parteien treten für eine Er-
höhung rückwirkend ab 1. April ein.

Dr. Curtius zum Schankstättengesetz

Dr. Curtius leitet die Beratungen zum Schankstättenge-
setz ein. Die Erkenntnis, daß die bisherige Regelung
des Schankstättengesetzes nicht ausreichend ist, sei allgemein.
Der Alkoholmißbrauch zerstöre nicht nur die Gesundheit des
Einzelnen, sondern auch die Volksgesundheit. Der Staat
könne daher nicht an der Notwendigkeit vorbeigehen, nicht
nur eingetretene Schäden zu heilen, sondern auch vorzubeugen.
Andererseits wäre es verfehlt, die Grenzen der staat-
lichen Zwangsgewalt zu weit zu ziehen. Der vorliegende
Gesetzentwurf wolle die vorhandene Lücke ausfüllen. Eine
Erobenlehnung Deutschlands lehne die Reichsregierung ab.
Der Minister verweist darauf, daß in Amerika bereits eine
Einschränkung des Alkoholverkaufes erzwungen wurde und daß
auch andere trodengelegte Staaten das Verbot in steigendem
Maße wieder abgebaut hätten. Im Einvernehmen mit
den Beschlüssen des Reichstages lehne die Reichsregierung
auch das Gemeindebestimmungsrecht ab. Dagegen sei ein
Ausbau und eine Verbesserung des Schankstättengesetzes
dringend erforderlich. Wenn auch nach der Gewerbe-
und Betriebszählung die Gesamtzahl der Gastwirtschaften seit
1907 von 270 000 auf 256 000 zurückgegangen sei, so hätten
sich doch die Branntweinfabrikationen um ein Viertel ver-
mehrt.

Der Entwurf will einer übermäßigen Vermehrung der
Schankstätten dadurch vorbeugen, daß die Schankstätten-
erlaubnis von der Führung eines Bedürfnisnachweises
abhängig gemacht wird und daß besonders zum Schutz der
Jugend gegen die Alkoholgefahren die Bedingungen für die
Erlaubniserteilung erschwert werden. Das sogenannte Goben-
burger System, bei dem gemeinnützigen Vereine bei der
Erlaubniserteilung vorgezogen werden, hat die Regierung
nicht übernommen. Wir glauben, daß mit dem vorliegen-
den Gesetzentwurf dem Ziel der Volksgesundheit und der
Erhaltung eines mittelhändischen Gastwirtsstandes ge-
dient ist.

Glückwunsch- und Anerkennungsschreiben des Reichspräsidenten bei Arbeitsjubiläen

Von unterrichteter Seite wird darauf aufmerksam ge-
macht, daß der Reichspräsident an Angestellte und Arbeiter
Glückwunsch- und Anerkennungsschreiben aus Anlaß eines
Arbeitsjubiläum auf besonderen Antrag der Firma, bei
der sich der Jubilar befindet, unter folgenden Voraussetzungen
übermittelt.

Der Jubilar muß mindestens eine 50jährige ununter-
brochene Arbeitszeit bei ein und derselben Firma zurück-
gelegt haben, wobei bei der Feststellung der Dienstjahre die
Militär- und Kriegsdienstzeit anzurechnen ist und sich am
Jubiläumstage noch in den Diensten der Firma befinden,
nach seinen persönlichen Verhältnissen der beantragten Aus-
zeichnung in jeder Hinsicht würdig sein. Bis zum 1. Juli
d. J. nimmt das Büro des Reichspräsidenten noch An-
träge für Jubilare mit einer 40-49jährigen Dienstzeit ent-
gegen. Nach diesem Zeitpunkt werden jedoch, wie oben
angegeben, Jubiläumsschreiben nur für eine 50jährige Dienst-
zeit ausgestellt. Die Anträge sind von den Firmen un-
mittelbar oder durch Vermittlung der gesetzlichen Berufsver-
tretung (Handelskammer, Handwerkskammer, Arbeitgeber-
verbände) oder der Polizeibehörde beim Büro des Reichs-
präsidenten, Berlin W. 8, Wilhelmstr. Nr. 73, einzureichen.

Baden.

Siebenter badischer Jugendherbergstag.

Bruchsal, 20. Juni. Am Samstag und Sonntag fand hier der
siebente badische Jugendherbergstag statt, der stark besucht war.
Am Samstag nachmittag wurde der Jugendherbergstag mit einer
Versammlung der Ortsgruppenvertreter unter dem Vorsitz des Ge-
schäftsführers Fahrbruch (Karlsruhe) eröffnet. In dieser Ver-
sammlung wurden die Hauptpunkte für die Hauptversammlung
durchgesprochen. Es wurden dabei die technischen Fragen des Wan-
derns der Jugend und der Schulen, ihre Unterbringung auf der

Wanderfahrt, die Werbetätigkeit besprochen. Abends fand ein
Begrüßungsabend statt, zu dem sich auch die Spigen der Be-
hörden, die Geistlichkeit und die Lehrerschaft eingefunden hatten.
Im Mittelpunkt des Abends, der von Musikdarbietungen des
Schülerorchesters des Gymnasiums umrahmt war, stand der Licht-
bildvortrag des Jugendsekretärs Walter Diefendau aus Mann-
heim über „Jugendferienlager auf der Insel Sylt.“ Der Redner
schilderte in packender Weise seine Eindrücke von dem Leben
und Treiben der Hamburger Jugend auf Sylt. Der Haupt-
versammlung am Sonntag ging vormittags eine Besprechung
der Jugendherbergsleiter und Herbergsleiter voraus. Die Haupt-
versammlung selbst begann um 10 Uhr. Der Eröffnungsansprache
des ersten Vorsitzenden Oberregierungsrat Brohmer (Karlsruhe)
folgten die Begrüßungsreden der Behördenvertreter, außerdem
kamen zahlreiche Telegramme und Sympathieschreiben zur Ver-
lesung, darunter auch ein Telegramm des Prinzen Max von
Baden. Auch ein Vertreter des Zehnten Deutschen Turnkreises
(Baden) begrüßte die Tagung. Unter anderem fand auch der
interfraktionelle Ausschuß für Lebensübungen des Badischen Land-
tags ein Glückwunschschreiben, desgleichen mehrere Städte, des
Landesfinanzamts und die Universität Heidelberg. Der Geschäfts-
und Kassenbericht erstattete sodann Geschäftsführer Fahrbruch.
Bemerkenswert daraus ist, daß die drei Eigenheime, die der
Gau Baden für deutsche Jugendherbergen in Reichenbach bei
Mudau (Odenwald), in Sehlberg und in Ueberlingen erstellt hat,
schuldenfrei sind. Zwei verdiente Förderer des Jugendherbergs-
werks, Hauptlehrer Langer (Walldürn) und Gewerbeschuldirektor
Karl Lehmann (Ueberlingen) wurden einstimmig zu Ehrenmit-
gliedern ernannt. Ein Antrag im Herbst 1927 einen allgemeinen
badischen Jugendherbergsverband abzuhalten, wurde angenommen.
Der nächste acht Jugenderbergsstag 1928 soll im Eigenheim Ueber-
lingen stattfinden. In den kommenden Jahren soll regelmäßig
im Herbst eine allgemein durchgeführte Verbewoche erfolgen.
Nach einem gemeinsamen Mittagessen wurde das Bruchsaler Schloß
und die neue hiesige Jugendherberge besichtigt. Damit fand die
schöne Tagung ihr Ende.

Pfarrrecht der Konfessionen.

ep In einigen Fällen ist es streitig geworden, unter welchen
Voraussetzungen in einer Gemeinde die Glieder der evang. und der
römisch-kath. Kirche das Pfarrrecht im Sinne der staatlichen Ver-
ordnung „die weltliche Feier der Sonn- und Festtage betr.“ be-
sitzen. Eine Entscheidung des Ministeriums des Innern hat nun
folgende Entscheidung darüber getroffen: Pfarrrecht hat eine Kon-
fession 1. in dem Ort der Mutterkirche mit ständigem Seel-
sorgeamt des Kirchspiels selbst, 2. in Filialgemeinden und Neben-
orten, welche zu dem Kirchspiel einer Mutterkirche gehören, 3. im
übrigen an allen Orten, an welchen der Sitz eines ständigen Seel-
sorgers sich befindet, also an Orten, die Sige von evang. Pato-
rationsstellen oder kathol. Kuratkaplaneien oder Pfarrkuratien
sind. Dagegen kommen diejenigen Orte nicht in Betracht, welche
— ohne Filialgemeinden oder Nebenorte von Kirchspielen zu sein, —
von einem anderen Orte aus pastoriert werden. Hierher gehören
alle Diaplagemeinden, in denen ein eigener ständiger Seelsorger
sich nicht vorhanden ist.

Die Hauptversammlung der „Badischen Heimat“.

Mannheim, 21. Juni. Am Sonntagvormittag eröffnete
Universitätsprofessor Dr. Fischer-Freiburg, der Vorsitzende
des Landesvereins „Badische Heimat“ im Ritteraal des
Schlosses die diesjährige Hauptversammlung. Er teilte mit,
daß der Verein nunmehr in Freiburg ein eigenes Heim
besitze; der Verein zähle heute in 50 Ortsgruppen etwa
12 000 Mitglieder. Geh. Rat Krebs gab den Kassenbericht.
Alsdann schritt man zu den Wahlen. Der Landesauschuß
und der Engere Ausschuß wurden durch Zuwahlen ergänzt.
Prof. Dr. Fischer bleibt ein weiteres Jahr Landesvorsitzen-
der. Die nächste Hauptversammlung wird in Karlsruhe
stattfinden.

Nach Erledigung des geschäftlichen Teils sprach Stadt-
oberbaudirektor Zisler-Mannheim über „Heimatschutz, Orts-
und Landesplanung“. Der Heimatschutz müsse planmäßig
organisiert werden. Schädigungen des Landschaftsbildes
wären zu vermeiden. Die Errichtung einer Landesplan-
nungsstelle sei für die Fragen der siedlungspolitischen und
verkehrstechnischen Entwicklung wünschenswert. Alsdann
berichtete Prof. Dr. Fischer kurz über den gegenwärtigen
Stand der Familienforschung unter besonderer Berücksich-
tigung der modernen Erbsforschung. Von ärztlicher Seite
aus sollten Gesundheitsbücher und Zeugnisse gesammelt und
auch das Ergebnis der Schulkinderuntersuchungen dokumen-
tarisch niedergelegt werden, um so Nachweise für die Ent-
wicklung einer ganzen Generation zu bekommen. Die Fam-
ilienforschung solle sich nicht in der Aufstellung von
Ahnenreihen und Stammbäumen erschöpfen, sondern vor
allem das Zusammengehörigkeitsgefühl der Familien wecken
und fördern.

Aus Nah und Fern.

\* Sinsheim, 21. Juni. (Anlaßlich der Gastwirtsversammlung in
Heidelberg) findet Donnerstag, den 23. Juni, große Schloß-
beleuchtung statt. An diesem Tage verkehrt außer Zug 445
Sinsheim an 22.18 Uhr auch Zug 447 wie an Sonntagen Sins-
heim an 23.59 Uhr.

w Sinsheim, 20. Juni. (Bezirksobstbauverein.) Der Obst-
bauverein hielt am Sonntag seine Generalversammlung im „Lö-
wen“ in Sinsheim ab. Der Vorstand Herr Oberlehrer Bach,
Steinsfurt, begrüßte die Erschienenen, insbesondere Herrn Dipl.-
Landwirt Jß, Vertreter der Bagerischen Wirtschaftsmarie in
Karlsruhe und Herrn Obstbauinspektor Brucker in Heidel-
berg. Nachdem der Redner, Gärtner Aug. Kaufmann, den Re-
chenheitsbericht verlesen hatte und verschiedene geschäftliche
Angelegenheiten erledigt waren, hielt Herr Dipl.-Landwirt Jß einen
Vortrag über „Düngung der Obstgehölze, Gemüse und Reben.“
Daraus ausgehend, daß jede Pflanze natürlichen Dünger braucht,
weil er hauptsächlich Humus bildet und durch seine Bakterien-
tätigkeit die Pflanze im Aufbau und Wachstum fördert, ging er
auf die Anwendung des künstlichen Düngers über, weil der Stall-
mist zur genügenden Düngung nicht ausreicht. Der Kunstdünger,
insbesondere der Stickstoffdünger, wird zur richtigen Zeit, auf
entsprechender Bodenzusammensetzung gegeben, stets seine Wirkung
tun, und die Auslagen durch bessere Ernten entlohnen. Der
Redner hob hervor, daß Stickstoff einerseits Leben erregt, an-
dererseits aber auch, vorsichtig und sachgemäß angewandt, dem
Unkraut, besonders dem so unbeliebten Hederich den Tod bringt.
Anschließend an seinen Vortrag zeigte er im Lichtbild die Er-
zeugung und Wirkung des Kalziumstickstoffs. Obstbauinspektor
Brucker sprach über „Bekämpfung der Obstschädlinge durch die
Motorspritze.“ Er betonte, daß es unbedingt notwendig sei, um
eine Wirkung zu erzielen, daß die Motorspritze viel mehr und
besonders im Späthjahr angewandt werden mußte. Anschließend
wurde in der regen Diskussion betont, daß in unserer Gegend
mehr Qualitäts- und Dauerobst angepflanzt, bei besserer Aus-
reifung und vorchriftsmäßiger Sortierung, auch bei uns der
Obstbau rentieren würde. Es wurde beschlossen, im September
eine Obst- und Gartenausstellung zu veranstalten und der Wunsch
ausgesprochen, daß sich recht viele Obstzüchter daran beteiligen
möchten. Der Mitgliederbeitrag wurde wieder auf 2 Mk. fest-
gesetzt. Die Mitgliederzahl beträgt z. Zt. 260. Nachdem Herr

Fabrikant Wengenroth-Reihen, Herrn Dipl.-Landwirt Jß, Herrn
Oberobstbauinspektor Brucker für ihre lehrreichen Vorträge, so-
wie dem Vorsitzenden Herrn Oberlehrer Bach und allen Vereins-
beamten den Dank für ihre Arbeit ausgesprochen hatte, schloß
der Vorstand die gut besuchte Versammlung.

\* Sinsheim, 21. Juni. (Ein seltenes Himmelsereignis.) Der
Komet Pons Wienecke wird sich in den nächsten Wochen der Erde
bis auf etwa 6 Millionen Kilometer nähern. Er kann jetzt
bereits durch schwächere Gläser wahrgenommen werden, gegen
Ende Juni aber auch mit bloßem Auge, und zwar dann wahr-
scheinlich als leichter Nebelfleck. Am 22. Juni steht der Komet
links von der Vega, am 24. Juni passiert er das Kreuz des
Schwanes sowie das Sternbildchen des Delphin. Am 28. Juni
steht er bereits morgens neben Bessa im Wassermann am Süd-
himmel, am 3. Juli südlich vom hellen Stern Fomalhaut im
Südlich, wo er nur noch für die Bewohner der südlichen Halb-
kugel sichtbar sein wird.

\* Redarbischofsheim, 20. Juni. (Verschiedenes.) Fräulein
Luise Meyer von hier hat an der Universität Heidelberg die
Staatsprüfung als prakt. Ärztin mit der Note 1 bestanden. —
An der gestrigen Rheinfahrt nahmen von hier über 80 Personen
teil. Die Fahrt wurde vom Verkehrsverband für das Schwarzbach-
tal durchgeführt. Die Teilnehmer sind über den Verlauf wohlbe-
friedigt.

\* Bad Rappenaau, (Verschiedenes.) Am Sonntag unternahm
der Odenwald-Klub seine 6. planmäßige Wanderung, die die
Teilnehmer ins Zabergäu führte. Die Führung hatte Herr Neu-
schwander, ein geborener Zabergäuer, übernommen. In sachkun-
diger Führung ging es Nordheim über Nordhausen und Hausen
a. Z. nach Neimsheim. Nach Befichtigung der Sehenswürdig-
keiten und einem Imbiß bei den Angehörigen des Führers ging
es weiter. Leider überraschte die Wunderschar unterwegs ein
heftiger, lang anhaltender Regen, und so mußte, wohl oder übel
der Plan geändert werden und man begab sich über Eberoborn
nach Brackenheim, von wo aus die Heimfahrt angetreten wurde.
Wenn auch die ganze Wanderung nicht durchgeführt werden konnte,
so waren doch alle Teilnehmer voll befriedigt von den Eindrücken
und den Reizen, die ihnen das Zabergäu bot. — Der Postamen-
chor überraschte am Samstag Abend sein Mitglied Heinrich
Bräumer, anlaßlich dessen Vermählung mit Frau Luise Hacker
Btw. geb. Steiner von hier, durch ein Musikständchen. — Die
Heuernte hat begonnen. Die Qualität kann als gut bezeichnet
werden. Die Quantität aber läßt zu wünschen übrig. Im all-
gemeinen kann nur mit einer Halb- bis Dreiviertelernie gerechnet
werden.

\* Itzingen, 20. Juni. (Beerdigung.) Gestern Nachmittag
wurde unter großer Beteiligung aus nah und fern Herr Mag
Eichtersheimer zu Grabe geleitet. Der fast endlose Zug der Be-
teiligten gab einen Beweis der Wertschätzung, deren sich der
Verbliebene erfreute. Herr Lehrer Josef Herz widmete dem äl-
testen Bürger der hiesigen Gemeinde einen warmempfundener
Nachruf.

\* Eppingen, 20. Juni. (Autounfall.) Nachdem erst vor
wenigen Tagen sich in unserer näheren Umgebung ein schweres
Autounglück ereignet hat, bei dem das Fahrzeug fast voll-
ständig zerstört und der Lenker schwer verletzt wurde, war am
Samstag nachmittag die Straße Eppingen-Riden der Scha-
platz eines Autounfalls, bei dem es glücklicherweise außer Sach-
schaden keine schweren Verletzungen gab. Ein geschlossenes Per-
sonenauto der Oberpostdirektion Karlsruhe, in welchem sich außer
dem Lenker noch ein Postkrat aus Karlsruhe mit seinem Sohn
befanden, war auf dem Weg nach Sinsheim begriffen. Beim
Nehmen der Kurve kurz vor dem Bahnübergang bei Riden
kam der Wagen zu weit nach links, streifte zunächst einen Klee-
wagen sowie einen am Wegrand stehenden Baum und fuhr sodann
auf eine Telegraphenstange auf, deren beide Stützen glatt ab-
geschnitten wurden. Die Glasscheiben des Wagens gingen durch
den Anprall z. T. in Trümmer und durch Glassplitter erlitten
die Insassen leichtere Schnittwunden, konnten jedoch gleich darauf
mit einem Postomnibus, der sich gleichfalls auf dem Wege nach
Sinsheim befand, ihre Fahrt fortsetzen. Das leicht beschädigte
Personenauto wurde nach Riden gebracht.

\* Eppingen, 21. Juni. (Verschiedenes.) Kaiser Karl Hei-
ninger, einer der Veteranen von 1870-71 ist gestorben. Ober-
straßenmeister Keller widmete dem Verstorbenen im Namen des
Kriegervereins, dessen Mitbegründer er war, einen warmen Nach-
ruf. — Dieser Tage beging die Freiw. Sanitätskolonne ihr
30 jähriges Jubiläum. Der Vorsitzende Dr. Vauer hielt die Be-
grüßungsansprache, an die sich verschiedene musikalische Dar-
bietungen angeschlossen. Bürgermeister Wirth sprach den Dank der
Stadtgemeinde aus. Kolonnenführer Benz wurde als dem einzigen
heute noch aktiven Mitbegründer der Kolonne eine goldene Uhr-
kette überreicht, ferner wurden Inspektoren Rünzle, Wagner-
meister Lang und Krankenkassenverwalter Ziegler für 15 jährige
Mitgliedschaft geehrt.

\* Gemmingen, 20. Juni. (Die Freiw. Feuerwehr) be-
teiligte sich gestern an dem in Großgartach stattgehabten 7.
Bezirksfeuerwehrtag.

\* Mannheim, 20. Juni. In der Vorstandssitzung des
Bezirksvereins Baden im Deutschen Fleischerverband wurde
anstelle des vor kurzem verstorbenen ersten Vorsitzenden
Heinrich Koch (Heidelberg), Handwerkskammerpräsident und
Stadtrat Jakob Groß, der bisher das Amt eines stellvertre-
tenden Vorsitzenden bekleidete, zum 1. Vorsitzenden ge-
wählt. Sein Nachfolger im Amt des stellvertretenden Vor-
sitzenden wurde Obermeister Ulrich, Baden-Baden.

\* Mannheim, 21. Juni. (Ein rabiatler Ehemann.) Der
31jährige Schneidermeister Georg Müller von Galsberg
hatte in der Nacht zum 1. März als Folge des Faschings
mit seiner Ehefrau eine Eierfuchtszene, durch die das
ganze Dorf in völlig nachtem Zustande auf die Straße. Gäfte
Gehächte in völlig nachtem Zustande auf die Straße. Gäfte
der Wirtschaft Rey kamen der schreienden Frau zu Hilfe.
Der Werkmeister Engelhardt erhielt dabei von dem wütenden
Ehemann einen Schuß in den Hinterkopf und die rechte
Schulter, der Wirt Josef Rey wurde in den rechten Ober-
schenkel getroffen. Müller versteckte noch in der gleichen
Nacht die Schußwaffe bei Verwandten in Eppelheim. Der
Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Gefängnis. Das Ge-
richt erkannte auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahr
zwei Monaten ab vier Wochen Untersuchungshaft.

\* Mannheim, 21. Juni. (Von einem Auto totgefahren.)
Auf der Landstraße zwischen Edingen und Sedenheim wurde
ein 17jähriger Spengler aus Mannheim, allem Anschein
nach infolge eigener Unvorsichtigkeit von einem Auto über-
fahren und getötet.

\* Mannheim, 21. Juni. (Salzsäure als Waffe im Streit.)
In der Nacht zum Montag gerieten in Ludwigshafen meh-
rere Männer in Streit, in dessen Verlauf ein 23jähriger,
erwerbsloser Tagelöhner zwei anderen Männern Salzsäure
ins Gesicht schüttete. Glücklicherweise kamen die beiden ohne
erhebliche Verletzungen davon.

\* Redarbischofsheim, 21. Juni. (Zwei Personen ertrunken.)
Am Samstag fuhr ein fünf Mannheimer Personen mit einem
in Eberbach neuerbauten Boot (Kielboot) zum erstenmal
talabwärts. Zwischen Redarhausen und Redarbischofsheim
wurde das Boot plötzlich durch einen Windstoß, der sich in
der Ueberdahnung verfangen hatte, umgeworfen. Einer der

Injassen konnte sich durch Schwimmen ans Land retten, während zwei weitere von einem vorbeifahrenden Motorboot an Bord genommen wurden.

Zwingenberg a. N., 21. Juni. Eine furchtbare Tat. Die 30 Jahre alte Ehefrau des Landwirts Helen wurde mit ihrem Kind tot in der Wohnung aufgefunden.

Eberbach, 21. Juni. (Gesperrte Autostraße.) Für den Autoverkehr vom Redartal durch das Sinsbacher Tal ist bemerkenswert, daß die Gemeinde Oberensbach die Verbindungsstraße nach dem Krähberg für den Autoverkehr gesperrt hat.

Mosbach, 20. Juni. (Tagung der badischen Postagenten.) Die Postagenten aus dem Bezirk Karlsruhe versammelten sich in Mosbach, um Ständesfragen zu beraten.

Mosbach, 21. Juni. (Die Hardheimer Wohlfahrtsmühle abgebrannt.) In dem in der Nähe Mosbachs gelegenen Hardheim brannte eine der schönsten Odenwaldmühlen, die bekannte Wohlfahrtsmühle des Eugen Gärtner bis auf die Grundmauern nieder.

Heidelberg, 21. Juni. (Bestimmungsmessuren sollen straflos sein.) In Heft 9 der „Deutschen Juristenzeitung“ macht der frühere Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer Ausführungen zu dem Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches.

Heidelberg, 21. Juni. Zu der Liebestragödie in Beerfelden wird noch gemeldet, daß die Geliebte des 18jährigen Studenten aus dem Gefängnis entlassen worden ist.

Pforzheim, 21. Juni. (Tot aufgefunden.) In dem vielbesuchten Gengenbadal zwischen Pforzheim und Stein wurde der 33jährige ledige Robert Klotz von Eisingen tot aufgefunden.

Pforzheim, 21. Juni. (Zurückgestellter Brückenbau.) Die Abtät der Stadtverwaltung, noch im laufenden Jahr mit dem Bau der neuen Nagoldbrücke beim Kupferhammer zu beginnen, mußte wegen der eingetretenen starken Ueber- teuerung der Baustoffe zunächst zurückgestellt werden.

Bühl, 21. Juni. (Neuer Höhenweg.) Sonntagnachmittag fand die Einweihung des von der Ortsgruppe Bühl des Badischen Schwarzwaldbvereins mit Unterstützung des Hauptvereins hergestellten Höhenwegs Immenstein-Hardstein statt.

Bühl, 21. Juni. (Neuer Höhenweg.) Sonntagnachmittag fand die Einweihung des von der Ortsgruppe Bühl des Badischen Schwarzwaldbvereins mit Unterstützung des Hauptvereins hergestellten Höhenwegs Immenstein-Hardstein statt.

Schweres Segelbootunglück

Sechs Studenten in der Ostsee ertrunken. Stettin, 21. Juni. Nach einer Meldung aus dem Ostseebad Müritz ist in der vorvergangenen Nacht zwischen Rostock und Gdieser sechs Studenten der Universität Rostock bei einer Segelpartie ertrunken.

Das Segelbootunglück auf der Ostsee.

Schwerin, 21. Juni. Zu dem Segelbootunglück auf der Ostsee erfährt die Telegraphen-Union folgende Einzelheiten. Fünf Studentinnen und drei Studenten der Universität Rostock unternahmen gestern nachmittag von Warnemünde aus eine Segelfahrt nach dem Ostseebad Müritz.

Byrd will am Tage in Paris landen.

Newyork, 21. Juni. (Funkspruch.) Byrd, der bekanntlich zum Fluge über den Ocean fertig ist und nur noch auf günstiges Wetter wartet, wird erst am 11. Juni vor- mittags (M. E. Z.) starten, um bei Tageslicht in Paris landen zu können.

Durch Erdbeben verschüttet.

Newyork, 20. Juni. Durch einen Erdbeben ist die Baumwollspinnerei in Medellín (Kolumbien) verschüttet worden. Unter den Trümmern wurden 20 Tote gefunden.

Turnen, Sport und Spiel.

Weiler, 21. Juni. Der Turnverein Weiler, welcher am Sonntag eine Turnfahrt nach Döhringen unternahm, und zugleich den Retour-Mannschaftskampf ausführte, konnte wiederum als Sieger hervorgehen.

Radio-Programm für Mittwoch, den 22. Juni 1927.

Berlin (483), Königswalderhäusern (1250), 11.00 Uhr: Schallplattenkonzert. 17.00 Uhr: Jugendbühne. 17.30 Uhr: Dominator-Orchester. 20.30 Uhr: Aus einem Kabarett. 22.30 Uhr: Zum deutschen Trunk.

Milde. 21.30 Uhr: „Feuerversicherung“, Lustspiel von Ludwig Fulda. Langenberg (468), 20.45 Uhr: Konzert des Westdeutschen Kammerchors Hagen. 22.45 Uhr: Uebertragung des Konzerts a. d. Cafe „Corjo“.

Radio-Vertrieb

E. Schick, Uhrmachermeister, Sinsheim a. E. Dr. Selbst-Vertreter - Lager in Telefunken-Röhren, Knöden - Batterien - sämtlichen Ersatzteilen, Radio-Apparatoren-Reparatur. - Telefon 19.

Marktberichte.

Schweinemarkt Sinsheim, 14. Juni. Dem heutigen Schweinemarkt waren zugeführt: 25 Milchschweine zum Preise von 31-39 Mark pro Paar. 16 Läufer zum Preise von 45-60 Mark pro Paar.

Preise des Mannheimer Schlachtviehmarkts. Dem Schlachtviehmarkt am Montag waren zugeführt: 220 Ochsen, 183 Bullen, 352 Kühe, 397 Färsen, 756 Kälber, 60 Schafe 2517 Schweine.

Offizielle Preise der Mannheimer Produktenbörse.

Table with 2 columns: Commodity (e.g., Weizen, Roggen, Hafer) and Price per 100 kg. Includes sub-sections for foreign and domestic grain.

Neueste amtliche Kurse vom 20. Juni 1927.

Table of exchange rates and prices for various goods like gold, silver, and currencies. Includes sub-sections for gold prices and exchange rates.

Advertisement for Heinrich Gilbert, Schmiedemeister, located in Steinsfurt-Mannheim. Text describes his work and contact information.

Advertisement for Stempel und Klischees by G. Becker'sche Buchdruckerei in Sinsheim. Offers printing services for stamps and clichés.

Advertisement for Überseereisen (Overseas Travel) by Hamburg-Amerika Linie. Features an image of a ship and lists destinations like North America, South America, and Africa.

Advertisement for Herren Artikel (Men's Goods) by E. Speiser in Sinsheim. Lists various clothing items like shirts, trousers, and jackets.

Advertisement for Geräuch. Fische ab Räucherei (Smoked Fish) by C. Otto Gehlert in Altona. Lists various types of smoked fish and prices.

Advertisement for Junge (Young) by Dskar Bauer, Gärtner in Grombach. Offers training and employment opportunities.

Advertisement for Klavier (Piano) by Albert Sommer in Heidelberg. Offers a very cheap piano for sale.

Advertisement for Betten (Beds) by Albert Sommer in Heidelberg. Offers a very cheap bed for sale.

Advertisement for 46m Aria Rad (46m Aria Bicycle) by Verheyen in Frankfurt a. Main.

Advertisement for Käse billiger (Cheese cheaper) by C. Heinze in Hamburg. Offers various types of cheese at low prices.

Advertisement for NIMM DOCH LOBA (Take the LOBA) by LOBA-PARKET in Baden-Württemberg. Features an image of a rabbit.